dessen wichtigste Rechtswirkung es ist, dass dem Besitzer der Besitz entzogen und der Eingewiesene Besitzer wird. Materiell setzt die Besitzeinweisung gemäß § 27 Abs. 1 Satz 2 NABEG i. V. m. § 44b Abs. 1 Satz 1 EnWG insbesondere voraus, dass der sofortige Beginn von Bauarbeiten geboten ist. Dies bedingt eine Abwägung der Belange der Allgemeinheit und des Betroffenen. Nur wenn öffentliche Interessen an der Ausführung des Vorhabens ein

solches Gewicht besitzen, dass für den Fall des Abwartens des regulären Enteignungsverfahrens wesentliche Nachteile drohen, kann eine Besitzeinweisung ausgesprochen werden. Zudem gebietet es der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, eine gütliche Regelung hinsichtlich des Besitzübergangs anzustreben, ohne dass in dieser Phase allerdings bereits ein Entschädigungsangebot im Detail unterbreitet werden muss.

BUCHBESPRECHUNGEN

DOI: 10.1007/s10357-012-2218-z

Umweltrecht mit Planungsrecht

Andreas Glaser/Jan Henrik Klement: Umweltrecht mit Planungsrecht. 10 Fälle und 276 Seiten, 2010, Verlag: C.H. Beck, München, 29,90 Euro, ISBN 978-3-406-60874-2

In der von Udo Di Fabio herausgegebenen Reihe „Beck'sches Examinatorium Öffentliches Recht“ erschien Mitte des Jahres 2010 von den Autoren A. Glaser und J. H. Klement eine Fallsammlung im Umweltrecht, in der auch planungsrechtliche Sachverhalte mit einbezogen sind. Zehn Fälle mit dazugehörigen, umfangreichen Lösungen und Hinweisen zu weiterführender Literatur sowie zu weiteren Fällen decken mit dem Umweltverfassungsrecht, dem Umweltverfahrensrecht, dem Umweltinformationsrecht, dem Immissionsschutzrecht, dem Naturschutzrecht, dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht, dem Wasserschutzrecht, dem Gentechnikrecht sowie dem Raum- und Fachplanungsrecht alle wichtigen Bereiche des Umwelt- und des umweltbezogenen Planungsrechts ab. Der im Umweltrecht erforderliche Bezug zum Europarecht wird dabei umfangreich berücksichtigt. Landes- und kommunalrechtliche Bezüge werden genauso angeboten, wie einzelne Probleme aus dem Umweltverfassungs- und -verfahrensrecht. Dadurch erhält die Fallsammlung einen über das Umweltrecht hinausgehenden, besonderen Wert für die Examensvorbereitung für alle Bereiche des Besonderen Verwaltungsrechts.

„Land unter‘ auf Hallig Watersand“ (Fall 1) ist ein gut nachvollziehbarer Sachverhalt, dessen Lösung über das Klimaschutzrecht das gesamte Umweltverfassungsrecht abdeckt. Gut eingebaute Nebeninformationen über die Halligen schaffen ein Problembewusstsein für den Rechtsstreit. Über eine Verfassungsbeschwerde kommt es zu einer Grundrechtsprüfung aller relevanten Grundrechte mit Umweltbezug. Die Staatszielbestimmung „Umweltschutz“ (Art. 20a GG) und auch die Ermittlung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes wird ausführlich erörtert.

„Schokolade macht nicht alle glücklich“ (Fall 2) ist ein Sachverhalt in dem eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung abgeprüft wird. Parallel führt der Fall in die Grundlagen des Immissionsschutzrechts ein und schafft ein Gefühl für die Konzentrationswirkung der Genehmigung nach dem BImSchG, indem Bauplanungsrecht mit in die Lösung einbezogen wird. Zudem wird das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung dargestellt. Im Teil 2 der Lösung wird die immissionsschutzrechtliche Nebenbestimmung (hier: Bedingung) verifiziert.

Ein für die Examensvorbereitung etwas zu umfangreicher und in seiner Komplexität auch zu schwerer Sachverhalt ist „Lärm im Dimpflinger Forst“ (Fall 3). Über eine Anfechtungsklage wird aber auch hier viel Wissenswertes für die Prüfungen gepackt. So wird innerhalb der Fragen aus dem Fachplanungsrecht, der Planfeststellungsbeschluss und seine Rechtsnatur, inklusive der Planrechtfertigung, ausführlich besprochen. Die naturschutzrechtliche Verbandsklage bildet einen weiteren Schwerpunkt. Im 2. Teil der Bearbeitung werden Entschädigungsansprüche aus fehlerhafter Planung geprüft und dargestellt.

„Schlag auf Schlag am ‚Bischofsberger Hang‘“ (Fall 4) verpackt in einem Antrag auf Zulassung der Berufung und einer im 2. Teil zu prüfenden Klage vor dem EuG sowie einem Normenkontrollantrag nach

§ 47 VwGO viele interessante Probleme des europäischen Verwaltungsprozessrechts und der europäischen Grundrechte. Mit den sich dabei ergebenden rechtlichen Fragen zu den FFH-Gebieten und der Gegenüberstellung der nationalen mit den europäischen Grundrechten gelingt ein schöner Spagat zwischen Umwelt- und Europarecht.

Über ein Anwaltsgutachten befasst sich die Lösung zum Sachverhalt „Jammer in der Misery Bay“ (Fall 5) mit der Rechtmäßigkeit der Genehmigung eines Bootsteigs, wobei zunächst die wasserschutz- und baurechtlichen Belange zu prüfen sind. Danach widmet sich die Falllösung dem Problem der Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 Abs. 2 S. 3 BauGB). Sehr gut nachvollziehbar wird sodann eine rechtliche Vorgehensweise entwickelt, indem ein Widerspruchsverfahren auf seine Erfolgsaussichten hin überprüft und das Ergebnis in einem rechtlichen Ratschlag formuliert wird.

„Ungesundes im Zuckerfeld“ (Fall 6) ist ein Sachverhalt aus dem Bodenschutzrecht, bei dem behördliche Maßnahmen – hier: Betreten eines Grundstücks, Entnahme einer Bodenprobe, deren Untersuchung, Anordnung der Gefährdungsuntersuchung und die Sanierungsanordnung – auf ihre Rechtmäßigkeit hin gutachterlich untersucht werden sollen. Parallel zu der Falllösung erfolgt eine Einführung in das Umweltschadensgesetz, das Recht auf Anhörung und die Störerauswahl. Der Vorrang der bodenschutzrechtlichen Ermächtigungsgrundlagen wird für den Fall herausgearbeitet.

„Von den Sorgen eines Entsorgers“ (Fall 7) bietet eine Falllösung, die in alle wesentlichen Grundlagen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, vom Abfallbegriff über die Entsorgungspflichten, bis hin zur Abgrenzung der Verwertung/Beseitigung von Abfällen, einführt. Sehr gelungen ist dabei die Einbeziehung der durch die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie zukünftig zu erwartenden Neuerungen und die Darstellung der Europäisierung des Abfallrechts.

Mit der Lösung zum Sachverhalt „Geld stinkt doch“ (Fall 8) wird über eine Klage zu einem öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruch ein raumplanungsrechtlicher Fall im Bereich der Erneuerbaren Energien – hier Biogasanlagen – angeboten. Im Wesentlichen sind über das einschlägige Baurecht die Probleme des städtebaulichen Vertrags und in dem Zusammenhang die Regelungen des öffentlich-rechtlichen Vertrags zu prüfen. Schön wäre für den Bereich ein Fall gewesen, der tiefer in das Recht der Erneuerbaren Energien (insbesondere das EEG) einführt. Dennoch ein guter Übungsfall.

Eine gelungene Kombination von Umweltinformationsrecht mit tiefen Bezügen zum Kommunalrecht bietet die Lösung zum Sachverhalt „Norderstedt sucht seine Flüsterbremsen“ (Fall 9). Neben einer vertieften Kenntnis im Umweltinformationsgesetz verlangt die Lösung des Falls weitgehendes Wissen im Kommunalrecht. Die dargestellte Falllösung führt fundiert in das Umweltinformationsrecht ein und schafft einen guten Überblick in die ansonsten schwer überschaubare Regelungsmaterie.

Deutsches und europäisches Gentechnikrecht prüft der Sachverhalt „Eindringlinge im Bienenhaus“ (Fall 10) ab. Über eine Verpflichtungsklage zur Durchsetzung eines Abwehranspruchs gegen den Anbau gentechnisch veränderter Maispflanzen führt die Lösung in die Grundlagen des Gentechnikrechts ein. Dabei wird das einschlägige Unionsrecht (Verordnungen, Richtlinien) mit berücksichtigt. Im 2. Teil ist zur Durchsetzung des Anspruchs die Erfolgsaussicht einer einstweiligen Anordnung nach § 123 Abs. 1 VwGO zu prüfen.

Inhaltlich ist das Buch empfehlenswert. Ein kleiner Mangel des Examinatoriums liegt aber im Format. Es erweckt den Eindruck eines Skriptes. Das wird dem Inhalt des Werks, das insgesamt mehr als eine Fallsammlung ist, nicht gerecht. Hier sollten sich der Verlag und der Herausgeber für die weiteren „Hefte“ in der Reihe zu einem liebevoller wirkenden Buchformat durchringen.

Ass. jur. Ralf Ramin,
Technische Universität Braunschweig,
Braunschweig, Deutschland